

Familienrechtsänderung 2009

Zu Z 3 (§ 95 Abs. 1 AußStrG)

Immer wieder zeigen Fälle aus der Praxis, dass die im Zuge einer einvernehmlichen Scheidung getroffenen Vereinbarungen („Scheidungsvergleiche“) einen Teil benachteiligen können. Mit einer derartigen Vereinbarung sind nach § 55a EheG jedenfalls der hauptsächliche Aufenthalt der Kinder oder die Obsorge, die Ausübung des Rechtes auf persönlichen Verkehr und die Unterhaltspflicht gegenüber ihren gemeinsamen Kindern sowie die unterhaltsrechtlichen Beziehungen und die gesetzlichen vermögensrechtlichen Ansprüche der Ehegatten zu regeln. Die Regelung des Rechtes auf persönlichen Verkehr mit gemeinsamen Kindern können sich die Ehegatten vorbehalten. Eine der Ursachen für die erwähnte mögliche Benachteiligung eines Teils liegt in der mangelhaften Information über die Scheidungsfolgen.

Sinn der vorgeschlagenen Änderungen ist es, die außergerichtliche Beratung vor oder im Zuge einer einvernehmlichen Scheidung verstärkt zu propagieren. Ein allfälliges Beratungsdefizit soll möglichst vermieden oder zumindest gering gehalten und das Gericht entlastet werden. Der Scheidungsrichter hat in vielen Fällen nicht die zeitlichen Möglichkeiten und die Gelegenheit, anlässlich des Scheidungstermins jenen Einblick in die persönlichen und vermögensrechtlichen Verhältnisse der Parteien zu bekommen, der für eine umfassende und eingehende Beratung über die Folgen einer einvernehmlichen Scheidung erforderlich ist; eine parteiorientierte Beratung ist in diesem Kontext überhaupt nicht möglich. Aus diesem Grund soll verstärkt auf die außergerichtliche Beratung über die Scheidungsfolgen, sei es durch einen Vertreter der Rechtsberufe oder durch eine Familienberatungsstelle, schon vor der mündlichen Verhandlung (etwa in Informationsblättern oder in der Ladung zum Termin) hingewiesen werden.

Im Zuge des Scheidungstermins hat sich das Gericht zunächst zu vergewissern, ob die Parteien rechtliche Beratung über die gesamten Scheidungsfolgen in Anspruch genommen haben. Ist dies nicht zweifelsfrei erfolgt – etwa durch Vorlage einer Beratungsbestätigung, ausgestellt durch einen Rechtsanwalt, Notar oder einen juristischen Mitarbeiter einer Familienberatungsstelle –, so hat das Gericht auf geeignete Beratungsangebote hinzuweisen und den Parteien Gelegenheit zu geben, eine Scheidungsberatung in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig ist allgemein – ohne auf den konkreten Einzelfall einzugehen – und in aller Kürze darauf hinzuweisen, dass die Unkenntnis der Scheidungsfolgen gravierende Nachteile, etwa auf dem Gebiet der Sozialversicherung, für die Parteien mit sich bringen kann. Hat die Partei die Gelegenheit nicht genutzt, sich ausreichend über die Scheidungsfolgen zu informieren, so ist ungeachtet dessen in der fortgesetzten Verhandlung weiter zu verhandeln. Um Verfahrensverzögerungen zu vermeiden, soll die Verhandlung tunlichst binnen sechs Wochen fortgesetzt werden.

Es bleibt dem Gericht unbenommen, selbst über die Scheidungsfolgen zu informieren. Klargestellt werden soll aber, dass – eben weil gerade die außergerichtliche Beratung ausreichend Defizite ausgleichen soll – dazu keinerlei Verpflichtung des Gerichts besteht. Damit soll auch eine Entlastung der Gerichte erreicht werden.

Zu Z 2 (§ 460 Z 6a ZPO)

Die Bestimmung der neuen Z 6a entspricht im Wesentlichen § 95 Abs. 1 AußStrG, weshalb auf die Ausführungen dazu verwiesen werden kann.

Das Gericht hat im Verfahren abzuklären, ob die Parteien eine Scheidungsberatung über die gesamten Scheidungsfolgen (einschließlich der sozialversicherungsrechtlichen Folgen und der Voraussetzungen eines Ausspruchs über die Haftung für Kredite) in Anspruch genommen haben. Ist dies nicht zweifelsfrei der Fall, hat es auf geeignete Beratungsangebote hinzuweisen und die Tagsatzung zu erstrecken, damit die Beratung nachgeholt werden kann. Das Gericht hat die Tagsatzung zur Einholung der Beratung nur dann nicht zu erstrecken, wenn damit eine unverhältnismäßige Verzögerung oder eine offensichtliche Prozessverschleppung verbunden wäre. Hat die Partei trotz Erstreckung die Gelegenheit nicht genutzt, sich ausreichend über die Scheidungsfolgen zu informieren, so ist ungeachtet dessen die Verhandlung – tunlichst binnen sechs Wochen – fortzusetzen. Auch im streitigen Verfahren bleibt es dem Gericht unbenommen, selbst – ohne jegliche Verpflichtung dazu – über die Scheidungsfolgen zu informieren.

Der Text wurde unverändert folgender Website entnommen: Parlamentarische Materialien
http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/A/A_00673/fnameorig_161357.html.